

Hypo: Bad Bank erst 2014

Bei den Problembanken tun sich Milliardenlöcher auf

WIEN. Für die Gründung einer Abbaueinheit (Bad Bank), in die die staatliche Hypo Alpe Adria schlechte Vermögenswerte in Höhe von rund 19 Milliarden Euro schiebt, wird die Zeit knapp. Insider rechnen nicht damit, dass es sich für die Bilanz 2013 ausbeht.

Die Hypo Task Force mit Aufsichtsratschef Klaus Liebscher an der Spitze hat gestern, Donnerstag, mitgeteilt, dass die Entscheidung erst durch die neue Regierung getroffen werde. Diese wird, wie berichtet, frühestens im Dezember stehen. Also ist erst 2014 mit einer Bad Bank zu rechnen.

Liebscher und Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny haben Bundeskanzler Werner Faymann und Vizekanzler Michael Spindelegger die verschiedenen Modellvarianten einer Bad Bank vorgestellt. „Beide Herren begrüßten und befürworteten die Schaffung einer Abbaueinheit“, ließ Liebscher wissen.

Uneinigkeit in alter Regierung
Finanzministerin Maria Fekter stellte sich gestern hingegen wieder gegen eine Bad Bank. Sie bezeichnete dies als „sehr, sehr unangenehm für den Steuerzahler“.

Die Befürworter einer Abwicklungseinheit argumentieren, dass der staatliche Kapitalbedarf für die Hypo Alpe Adria reduziert werde, weil für die Bad Bank die üblichen Vorschriften nicht gel-

ten. Gegner führen ins Treffen, dass eine Bad Bank hohe Garantien notwendig mache und die Staatsschulden steigen ließe. Darum wird nach „kreativen Lösungen“ gesucht.

Dass die drei Problembanken Hypo Alpe Adria, Volksbanken-AG und KA Finanz (Bad Bank der Kommunalkredit) auf jeden Fall noch viele Steuermilliarden verschlingen werden, ist klar. Die Koalitionsverhandler haben zuletzt

für den Zeitraum von 2014 bis 2018 eine „zusätzliche Vorsorge“ für Banken von 5,8 Milliarden Euro ausgemacht. Viele Experten rechnen aber mit mehr. Alleine für die Hypo könnten bis 2017 weitere 5,4 Milliarden an Kapitalspritzen und danach mehr als drei Milliarden an Liquiditätshilfen fällig werden. Die von den anderen Banken eingehobene Banksteuer soll den Kapitalbedarf zumindest teilweise gegenfinanzieren.



„Beide Herren begrüßten und befürworteten die Schaffung einer Abbaueinheit. Sie betonten, die finale Entscheidung der neuen Bundesregierung vorzubehalten.“

■ Klaus Liebscher, Hypo-Alpe-Adria-Aufsichtsratschef, über Kanzler Faymann und Vize Spindelegger

■ VOLKSBANKEN-AG KÖNNTE WEITERE MILLIARDE BRAUCHEN

1 Kapitalbedarf: Die teilstaatliche Volksbanken-AG (ÖVAG) ist wieder ins Gerede gekommen. Laut Medienberichten wird im Umfeld des Finanzministeriums kolportiert, dass sie 2014 wieder eine Milliarde Euro Staatshilfe brauche.

2 Reaktion: Die ÖVAG reagiert verwundert. „Wir sind mitten im Planungsprozess für 2014 und können daher die kol-

portierten Zahlen in keiner Weise nachvollziehen“, hieß es. Staatshilfen könnten aber auch nicht ausgeschlossen werden.

3 Verlust: Sicher ist, dass das Institut heuer wieder einen Verlust schreibt. Der Konzern werde „deutlich negativ“ abschließen, das habe man immer gesagt, so die ÖVAG. Es laufe ein „tiefergreifender Umstrukturierungs- und Abbauprozess“.



Länder sollen ihre Lehrer selbst zahlen; Das schaffe Kostenbewusstsein. Foto: APA

Eigener Steuertopf für Länder und Gemeinden

Einfacher Finanzausgleich würde Kosten senken

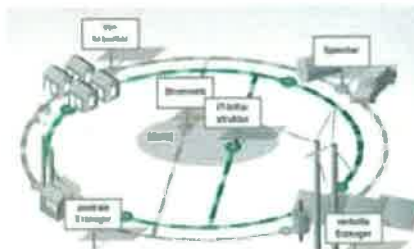
LINZ. Der Bund solle künftig alle indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, Mineralöl-, Tabaksteuer etc.), die Länder und Gemeinden alle direkten (Lohn-, Einkommensteuern) einheben. Damit würde der komplizierte Finanzausgleich zwischen den drei Gebietskörperschaften einfach und transparent, sagt der Linzer Volkswirt Friedrich Schneider, der im Auftrag des „Instituts Wirtschaftsstandort OÖ IWS“ zusammen mit seiner Kollegin Elisabeth Dreer die finanziellen Auswirkungen eines solchen Modells erhoben hat.

Der Bund würde weiter alle Steuern einheben, die Hälfte (rund 40 Milliarden Euro) jedoch pauschal an Länder und Gemeinden weiterleiten. Die bisherigen Transferzahlungen an die Landeskassen (zum

Beispiel für Landeslehrer) fallen weg. Das würde das Kostenbewusstsein der Landespolitiker stärken. In weiterer Folge sollten Länder und Gemeinden für ihre Steuern Auf- oder Abschläge verlangen dürfen, je nach regionalen Bedürfnissen. Schneider glaubt, dass sich der Bund ohne Umverteilungsmechanismen in der Verwaltung 200 bis 300 Millionen Euro sparen würde. Zum Start würden alle die bisherigen Mittel erhalten, niemand würde etwas verlieren.

„Das jetzige System ist für Landes- und Gemeindepolitiker bequem, weil sie nicht verantwortlich sind“, sagt Schneider. Vom neuen Modell würden aber alle profitieren. „Gerade jetzt wäre eine gute Chance für eine solche Reform“, sagte IWS-Chef Kurt Pieslinger. (le)

Smart Grids halten Balance zwischen Verbrauch und Erzeugung



Quelle: Smart Grid Austria

Die Stromversorgung befindet sich im Umbruch: Der steigende Energiebedarf und die notwendige Integration erneuerbarer Energieträger treiben die Entwicklung von „Smart Grids“ voran. Diese „Intelligenten Netze“ ermöglichen, selbstständig ein energie- und kosteneffizientes Gleichgewicht zwischen der Vielzahl von Stromverbrauchern, fossilen und erneuerbaren Kraftwerken und Stromspeichern herzustellen. Um in Zukunft eine nachhaltige, wirtschaftliche und sichere Elektrizitätsversorgung zu gewährleisten, ist zusätzlich zur Strominfrastruktur eine durchgängige Kommunikation von den Kraftwerken bis hin zu den Verbrauchern notwendig.

Neue Chancen für die heimische Wirtschaft
Die Europäische Technolo-

gieplattform Smart Grids schätzt, dass bis 2030 Investitionen in Höhe von rund 390 Mrd. Euro allein in Europa für die Erneuerung und Erweiterung der Strom-Infrastruktur hin zu intelligenten Stromnetzen erforderlich sind.

Aufgrund der komplexen Verbindung der Energieinfrastruktur mit den Informations- und Kommunikationstechnologien verlangt die Realisierung von Smart Grids einen koordinierten und strukturierten Weg. Die Herausforderungen liegen

einerseits in der Entwicklung neuer Technologien, andererseits müssen auch die rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen entsprechend adaptiert werden.

Klare energiepolitische Vorgaben

„Um die volkswirtschaftlichen Vorteile und Potenziale von Smart Grids zu heben, müssen alle relevanten Stakeholder aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam an einem Strang ziehen“, so Günter Rübiger, Obmann sparte.industrie der WKO Oberösterreich. Dies betrifft Themen wie etwa flächendeckende Standards, Datenschutz oder Datensicherheit ebenso wie die Weiterentwicklung von großflächigen Demonstrationsprojekten in Modellregionen.

Weitere Infos zu diesem Thema gibt es beim **Energetag 2013** am 21. November 2013. Anmeldung unter www.wko.at/ooe/energie.



Aufholbedarf bei Gründungen

Jeder Firmengründer schafft mehr als fünf Arbeitsplätze

LINZ. Oberösterreich hat bei Unternehmensgründungen einiges an Aufholbedarf. 4500 Unternehmen werden pro Jahr neu gegründet, weitere 500 übernommen. Das entspricht 6,7 Gründungen pro 1000 Erwerbstätigen. Im Bundesländervergleich belegt Oberösterreich damit Rang sieben und liegt deutlich unter dem Österreichschnitt von 8,5 Gründungen je 1000 Erwerbstätigen. „Das ist nicht zufriedenstellend“, sagt Michael Strugl, Wirtschaftslandesrat und Obmann der Denkschmiede Academia Superior.

Die Gründungen würden einen Schub für Innovationen und Arbeitsmarkt bring-



Michael Strugl Foto: OÖN

weit lege der Anteil bei 3,3 Prozent, sagt Norbert Kailer, Professor am Institut für Unternehmensgründung und -entwicklung an der Linzer Universität. Eine Studie seines Instituts zeige, dass rund ein Drittel der Linzer Uni-Absolventen mit zehn Jahren Berufserfahrung auch über unternehmerische Erfahrung verfügen.

gen, so Strugl. „Jeder Gründer schafft direkt und indirekt 5,3 Arbeitsplätze.“

Gut unterwegs sei Oberösterreich hingegen bei Firmengründungen im akademischen Bereich. 5,3 Prozent der Studierenden an der Linzer Uni seien studentische Unternehmen. Österreich-

Zur Unterstützung in der Vorgründungsphase wurde Anfang 2012 der erste hochschulübergreifende Prä-Inkubator Österreichs, Akostart, von JKU, Fachhochschule Oberösterreich und Kunstuni gegründet. Derzeit werden 30 Gründungsprojekte betreut.

Ham S' scho hört?

Haslinger-Preis für Jungjuristen

Die Universitätsassistenten **Thomas Peter Leitner** aus Salzburg und **Thomas Riesz** aus Linz erhielten für ihre Dissertationen den **Walter-Haslinger-Preis 2013**. Wirtschaftskammer-Präsident **Christoph Leitl** überreichte Mittwochabend im OK in Linz die Preise. Univ.-Prof. **Peter Rummel** würdigte die Arbeiten. Zur Feier der Walter-Haslinger-Privatstiftung konnte Rechtsanwalt **Klaus Haslinger** viele Freunde der Linzer Kanzlei Haslinger/Nagele & Partner begrüßen.



Präs. Leitl, Preisträger Leitner und Riesz, Rummel, Haslinger (Krügl)

"Oberösterreichische Nachrichten" vom 15.11.2013 Seite: 8 Ressort: Wirtschaft

Aufholbedarf bei Gründungen

Jeder Firmengründer schafft mehr als fünf Arbeitsplätze

Linz. Oberösterreich hat bei Unternehmensgründungen einiges an Aufholbedarf. 4500 Unternehmen werden pro Jahr neu gegründet, weitere 500 übernommen. Das entspricht 6,7 Gründungen pro 1000 Erwerbstätigen. Im Bundesländervergleich belegt Oberösterreich damit Rang sieben und liegt deutlich unter dem Österreich-Schnitt von 8,5 Gründungen je 1000 Erwerbstätigen. "Das ist nicht zufriedenstellend", sagt Michael Strugl, Wirtschaftslandesrat und Obmann der Denkschmiede Academia Superior.

Die Gründungen würden einen Schub für Innovationen und Arbeitsmarkt bringen, so Strugl. "Jeder Gründer schafft direkt und indirekt 5,3 Arbeitsplätze."

Gut unterwegs sei Oberösterreich hingegen bei Firmengründungen im akademischen Bereich. 5,3 Prozent der Studierenden an der Linzer Uni seien studentische Unternehmen. Österreichweit liege der Anteil bei 3,3 Prozent, sagt Norbert Kailer, Professor am Institut für Unternehmensgründung und -entwicklung an der Linzer Universität. Eine Studie seines Instituts zeige, dass rund ein Drittel der Linzer Uni-Absolventen mit zehn Jahren Berufserfahrung auch über unternehmerische Erfahrung verfügen.

Zur Unterstützung in der Vorgründungsphase wurde Anfang 2012 der erste hochschulübergreifende Prä-Inkubator Österreichs, Akostart, von JKU, Fachhochschule Oberösterreich und Kunstuni gegründet. Derzeit werden 30 Gründungsvorhaben betreut.